



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

POSTANSCHRIFT Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, 11055 Berlin

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Storm, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär bei der
Bundesministerin für Bildung und Forschung

HAUSANSCHRIFT Hannoversche Straße 28-30, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18 57-5700

ZENTRALE +49 (0)30 18 57-0

FAX +49 (0)30 18 57-5570

E-MAIL andreas.storm@bmbf.bund.de

HOMEPAGE www.bmbf.de

DATUM Berlin, 15.03.07

BETREFF Kleine Anfrage der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Uwe Barth u. a. und der Fraktion
der FDP

**„Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens für die berufliche Aus- und
Weiterbildung“**

– BT-Drs. 16/4463 –

ANLGAGE – 5 –

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

Welche gesetzlichen Regelungen des Bundes tragen wesentlich zur Qualitätssicherung der beruflichen Aus- und Weiterbildung bei und sollten auch für die Bestimmung eines Nationalen Qualitätsrahmens (NQR) Bedeutung haben?

Antwort:

Das Berufsbildungsgesetz (BBIG) enthält ein umfassendes Instrumentarium zur Sicherung der Qualität der beruflichen Bildung. Es reicht von der Festlegung bundeseinheitlicher Standards für Ausbildung und Prüfungen in den Aus- und Fortbildungsverordnungen des Bundes bis hin zu den Pflichten der zuständigen Stellen zur Sicherung der fachlichen Eignung der Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben. Im Zuge der Reform des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 2005 sind zudem die Berufsbildungsausschüsse der Kammern und die Landesauschüsse für Berufsbildung verpflichtet, auf die ständige Weiterentwicklung der Qualität der beruflichen Bildung hinzuwirken. Die Orientierung der Aus- und Fortbildungsverordnungen einschließlich der Prüfungsanforderungen an bundeseinheitlichen Standards korrespondiert mit der Orientierung eines Nationalen Qualifikationsrahmens an kompetenzbasierten Lernergebnissen.

Frage 2:

Welche qualitätssteuernden Ordnungsvorgaben sieht das Berufsbildungsgesetz für die Zuordnung von Qualifikationen und Abschlüssen zu Niveaustufen für den Bereich der betrieblichen Ausbildung vor, und bilden diese aus Sicht der Bundesregierung eine ausreichende Grundlage für einen künftigen NQR?

Antwort:

Die konkrete Gestaltung eines Deutschen Qualifikationsrahmens wird derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erörtert. Dazu prüft eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Machbarkeitsstudie die Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines künftigen nationalen Qualifikationsrahmens. Erst wenn die konkreten Strukturen und Funktionen feststehen, kann beurteilt werden, welche qualitätsrelevanten Ordnungsvorgaben für die Umsetzung eines Deutschen Qualifikationsrahmens erforderlich sind.

Frage 3:

Wie können aus Sicht der Bundesregierung die Ausbildungsordnungen mit ihren Ordnungsvorgaben (§ 5 BBiG) ihrerseits einen Beitrag zur Qualitätssicherung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung leisten?

Antwort:

Das novellierte Berufsbildungsgesetz unterscheidet in § 5 BBiG zwischen den Mindestinhalten, die eine Ausbildungsordnung aufweisen muss, und weiteren Inhalten, die durch die Ausbildungsordnung fakultativ (z. B. Stufenausbildung) geregelt werden können. Als Mindestanforderungen legen Ausbildungsordnungen Ausbildungsziele und Ausbildungsinhalte der Ausbildungsberufe fest. Sie sind Rechtsverordnungen, die bundesweit gelten und den betrieblichen Teil der dualen Berufsausbildung regeln. Der Verordnungstext regelt die Berufsbezeichnung, Ausbildungsdauer, Ziel und Struktur der Ausbildung, die Prüfungsanforderungen und Bestehensregelungen sowie das Ausbildungsberufsbild. Der dem Verordnungstext als Anlage beigefügte Ausbildungsrahmenplan – bestehend aus sachlicher und zeitlicher Gliederung – konkretisiert die Beschreibung der einzelnen Berufsbildpositionen des Ausbildungsberufes, indem er die Lernziele – Mindestqualifikationen – die zur Ausübung des Ausbildungsberufes zwingend notwendig sind, festlegt und beschreibt. Die Definition von zu vermittelnden Mindestqualifikationen, die bundesweit gelten, sowie deren Nachweis nach bundeseinheitlichen Prüfungsanforderungen sind zentrale Elemente der Qualitätssicherung. Auch die nach dem Berufsbildungsgesetz geregelten Fortbildungsabschlüsse des Bundes beinhalten stets die notwendigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die ebenfalls in bundesweit einheitlichen Prüfungsanforderungen nachzuweisen sind.

Frage 4:

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Eignung der Ausbildungsstelle (§ 27 BBiG) für die berufliche Erstausbildung zu?

Antwort:

Gemäß § 1 Abs. 3 BBiG hat die Berufsausbildung die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) in einem geordneten Ausbildungsgang zu vermitteln. Sie hat ferner den Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen zu ermöglichen. Die hohen Anforderungen, die nach dem Gesetz an die berufliche Erstausbildung gestellt werden, lassen sich nur verwirklichen, wenn die Ausbildung in geeigneten Ausbildungsstätten durchgeführt werden kann.

Frage 5:

Welche Bedeutung hat aus Sicht der Bundesregierung die sächliche und räumliche Ausstattung der Ausbildungsbetriebe sowie die eingesetzten Ausbildungspläne und -mittel? Und wo sieht die Bundesregierung zusätzlichen Gestaltungsbedarf?

Frage 6:

Welche Rolle spielt aus Sicht der Bundesregierung die Anzahl und Qualifikation des Ausbildungspersonals und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung künftig zu unternehmen, um die persönliche (§ 29 BBiG) und fachliche Eignung (§ 30 BBiG) des Ausbildungspersonals zu gewährleisten?

Antwort (die Fragen 5 und 6 werden im Zusammenhang beantwortet):

Eine im Interesse des Auszubildenden und der Gesellschaft liegende gute Ausbildung hängt wesentlich davon ab, dass die zur Ausbildung berechtigten Ausbildungsstätten und Personen geeignet sind, eine den Zielen des Berufsbildungsgesetzes entsprechende Berufsausbildung zu vermitteln. Die Ausbildungsstätte muss daher über eine ausreichende Einrichtung und Ausstattung verfügen, insbesondere müssen die für die Vermittlung der in der Ausbildungsordnung vorgesehenen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlichen Einrichtungen vorhanden sein. Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung verpflichten die zuständigen Stellen, die Eignung der Ausbildungsstätten festzustellen und zu überwachen.

Das BBiG will mit seiner anspruchsvollen Definition der Berufsausbildung im Zusammenhang mit den Vorschriften über die Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden eine Qualitätsanhebung der Berufsausbildung erreichen. Ausbildungsstätten, in denen die berufliche Handlungsfähigkeit nicht in vollem Umfang vermittelt werden kann, gelten als geeignet, wenn diese durch Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte vermittelt werden kann (vgl. § 27 Abs. 2 BBiG). Die Möglichkeiten der Verbundausbildung werden hierdurch ausdrücklich hervorgehoben.

Neben der Ausbildungsstätte ist das Ausbildungspersonal von zentraler Bedeutung für die Qualität der Berufsausbildung. Gemäß § 14 Abs. 1 BBiG haben Ausbildende „dafür zu sorgen, dass den Auszubildenden die berufliche Handlungsfähigkeit vermittelt wird, die zum Erreichen des Ausbildungsziels erforderlich ist, und die Berufsausbildung in einer durch ihren Zweck gebotenen Form planmäßig, zeitlich und sachlich gegliedert so durchzuführen, dass das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann“. Es liegt auf der Hand, dass diese Ausbilderpflichten nur dann im Sinne der Auszubildenden erfüllt werden können, wenn Ausbilder nicht nur persönlich und fachlich geeignet sind, sondern auch in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Das BBiG hält daher mit § 29 und § 30 adäquate rechtliche Regelungen vor, die die persönliche und fachliche Eignung der Ausbilder gewährleisten. Dabei bildet § 30 BBiG das Kernstück der Eignungsbestimmungen; in ihm sind im Rahmen der BBiG-Novelle im Jahr 2005 die bis dahin über das gesamte Gesetz verstreuten Einzelvorschriften zur fachlichen Eignung in einer einheitlichen und transparenten Regelung zusammengefasst worden. Sicherergestellt wird die Qualität des ausbildenden Personals „vor Ort“ durch die Kontrolle der Kammern: Sie haben gem. § 32 BBiG darüber zu wachen, dass die persönliche und fachliche Eignung der Ausbilder vorliegt. Werden von der zuständigen Kammer Mängel der persönlichen oder fachlichen Eignung festgestellt, hat sie entsprechende Maßnahmen zur Behebung dieser Mängel - bis hin zur vollständigen Untersagung der Ausbildung - zu ergreifen.

Im Bereich der Zuständigkeiten des Bundes besteht kein aktueller Handlungsbedarf.

Frage 7:

Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Moratorium zur Anwendung der Ausbildereignungsverordnung und beabsichtigt sie, diese Politik fortzusetzen oder welche neuen zusätzlichen Schwerpunkte beabsichtigt die Bundesregierung zu setzen?

Antwort:

Die so genannte Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung beinhaltet, dass Ausbilder für Ausbildungsverhältnisse, die in der Zeit vom 01. August 2003 bis 31. Juli 2008 bestehen oder begründet werden, den gesonderten Qualifizierungsnachweis nach der Ausbilder-Eignungsverordnung nicht vorlegen müssen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Bundesinstitut für Berufsbildung beauftragt, eine Wirkungsanalyse zu dieser Rechtsänderung zu erstellen. Die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens werden im Herbst dieses Jahres vorliegen und sollen eine Grundlage für die Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum weiteren Vorgehen sein.

Frage 8:

Welche Bedeutung kommen bundeseinheitlich festgelegten Abschlussprüfungen, die gleichzeitig zu einem bundeseinheitlich anerkannten Ausbildungsabschluss führen, im System der Qualitätssicherung, zu?

Antwort:

Ziel einer modernen Berufsbildung ist die Entwicklung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit. Dabei geht der Begriff der beruflichen Handlungsfähigkeit von einer ganzheitlichen Sichtweise menschlicher Arbeits- und Lerntätigkeit aus. Durch ihren Erwerb soll jeder Mensch über ein Handlungsrepertoire verfügen, das ihn befähigt, die zunehmende Komplexität der beruflichen Umwelt zu begreifen und durch ziel- und selbstbewusstes, flexibles und verantwortliches Handeln zu gestalten. Durch die Erarbeitung und Verordnung von Ausbildungsordnungen liegen für jeden einzelnen Beruf inhaltliche Beschreibungen für die Berufsausbildung vor. Aufgrund der bundesweit geltenden zu vermittelnden Mindestqualifikationen sowie deren Nachweis nach bundeseinheitlichen Prüfungsanforderungen können diese als Qualitätssicherungsinstrumente für den jeweiligen Ausbildungsberuf verstanden werden.

Frage 9:

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Transferqualität vor, also inwieweit das in der betrieblichen Ausbildung Gelernte in der Praxis tatsächlich angewandt werden kann? Wie bundeseinheitlich muss, nach Einschätzung der Bundesregierung die anerkannten Ausbildungsabschlüsse sein und welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Modularisierung von Ausbildungsgängen im Zusammenhang des NQR zu?

Antwort:

Eine Berufsausbildung in einem der rund 350 nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) anerkannten Ausbildungsberufe vermittelt die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) in einem geordneten Ausbildungsgang. Sie ermöglicht ferner den Erwerb der hierzu erforderlichen Berufserfahrungen. Das heißt, eine duale Berufsausbildung bereitet auf mehr als eine spezifische Tätigkeit in einem Unternehmen oder Betrieb vor und ermöglicht somit den Einsatz in verschiedenen Bereichen des mit der Ausbildung gewählten Berufsfeldes. Dies geschieht im Interesse der Wirtschaft wie der Auszubildenden, da eine solche Form der Qualifizierung den Unternehmen und Betrieben flexible interne Einsatzmöglichkeiten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Mobilität auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

Durch die im Berufsbildungsgesetz definierten Standards ist eine weitgehende Einheitlichkeit der Ausbildung gewährleistet. Diese wird u. a. durch die in den Ausbildungsordnungen vorgegebenen Inhalte und die bei der zuständigen Stelle abzulegende Abschlussprüfung gewährleistet.

Die zur Zeit im Rahmen der Beratungen des Innovationskreises Berufliche Bildung diskutierte Untergliederung einzelner Ausbildungsberufe in sechs bis acht Ausbildungsbausteine sieht gerade vor, diese Standards nicht in Frage zu stellen. Studien zur Adäquanz der beruflichen Ausbildung kommen für die betriebliche Berufsausbildung zu hohen Adäquanz-Werten (80 %), jedoch mit berufs- bzw. branchenspezifischer Variation; damit entsprechen die Befunde weitgehend den Werten für die Hochschulausbildung. Empirisch-quantitative Befunde zur Wirkung von modularisierten Ausbildungsgängen liegen dem IAB nicht vor.

Der Deutsche Qualifikationsrahmen ist analog dem Europäischen Qualifikationsrahmen vor allem ein Instrument zur besseren Vergleichbarkeit von Qualifikationen und Bewertung von Kompetenzen, die national innerhalb der verschiedenen Bereiche des deutschen Bildungssystems und auf EU-Ebene innerhalb der verschiedenen Bildungssysteme der europäischen Staaten erworben wurden.

Frage 10:

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Effektivität und die nachhaltige Verwertbarkeit von Ausbildungsinhalten vor, und inwieweit bereitet die Ausbildung auf den Arbeitsmarkt vor?

Antwort:

Die Effektivität und Verwertbarkeit einer Berufsausbildung lässt sich nur indirekt z. B. an den Übergangsquoten in Beschäftigung ablesen. Die im EU-Vergleich nach wie vor niedrige Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen von weniger als 15 % in Deutschland gemäß der Definition des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) zeigt, dass die Arbeitsmarktverwertbarkeit der dualen Berufsausbildung hoch ist. Die höchsten Arbeitslosenquoten in dieser Altersgruppe, die in einigen EU-Staaten zu verzeichnen sind, liegen im Bereich von rund 25 %.

Frage 11:

Welche Indikatoren brauchen wir nach Einschätzung der Bundesregierung zur Definition des NQR und somit auch zur Bestimmung von Qualifikation und Abschlussniveaustufen?

Antwort:

Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen soll ein gemeinsames Bezugssystem für Lernergebnisse und Kompetenzniveaus entwickelt werden, das den Vergleich von Kompetenzen erleichtert und damit zur besseren Anerkennung von vorhandenen Qualifikationen beitragen soll. Die in der Antwort zu Frage 2 genannte Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird sich auch mit der Entwicklung von Indikatoren für einen Deutschen Qualifikationsrahmen in Anlehnung an den EQR befassen.

Frage 12:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine engere Verzahnung der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit der Berufsausbildung in anderen Bildungsgängen (Fachschulen, Berufsakademien, Hochschulen), und welche gesetzgeberischen Änderungen sind hierzu geplant?

Antwort:

Es ist ein wesentliches Anliegen der Bundesregierung, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen und innerhalb der verschiedenen Bildungsbereiche zu erhöhen. Dies bezieht sich auf den Zugang von beruflich Qualifizierten zur Hochschule, auf die Übergänge zwischen Berufsvorbereitung und Berufsausbildung sowie auf die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung. Mit der Entwicklung eines bildungsbereichsübergreifenden Qualifikationsrahmens kann horizontale (vollzeitschulische und duale Berufsausbildung) und vertikale Durchlässigkeit verbessert werden. Voraussetzung dafür ist die konsequente Orientierung des Qualifikationsrahmens an Lernergebnissen und Kompetenzen, die von Lernort, Lerndauer und Ausbildungsprofilen abstrahieren. Von Seiten des Bundesgesetzgebers sind keine gesetzgeberischen Änderungen notwendig.

Die Bundesregierung fördert derzeit mit rund 5,3 Mio. Euro ein Projekt, in dem Verfahren entwickelt werden sollen, die berufliche Leistungen und Studienanforderungen vergleichbar machen. Die Ergebnisse dieses Projekts werden Ende 2007 erwartet.

Frage 13:

Welche nächsten Schritte gedenkt die Bundesregierung zu gehen, um auch für die berufliche Aus- und Weiterbildung, zur Bewertung von erreichten Niveaustufen und Abschlüssen, ein „Punkte-Bewertungssystem“ einzuführen, was auch die künftige europäische Dimension hinreichend berücksichtigt?

Antwort:

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant die Ausschreibung einer Pilotinitiative, die zum Ziel hat, durch die Erprobung von Projekten belastbare Aussagen und Instrumente für den Einsatz von Leistungspunkten zu erhalten. Entwickelt und erprobt werden sollen dabei im Kern Verfahren zur Erfassung, Anrechnung und Anerkennung von Lernergebnissen und Kompetenzen. Geplant ist die Förderung von 10 Pilotprojekten zu Leistungspunkten zur Verbesserung der Übergänge an den vertikalen und horizontalen Schnittstellen zum Dualen System sowie zum Einsatz im Dualen System selbst.

Frage 14:

Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, um eine wirkliche Durchlässigkeit zwischen allgemeinbildenden Bildungsgängen, den Bildungsgängen in der Dualen Berufsausbildung, den Bildungsgängen an Berufsfachschulen und Berufsakademien sowie an Hochschulen zu erreichen?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

Frage 15:

Welche Initiativen für die berufliche Aus- und Weiterbildung wird die Bundesregierung im Rahmen der europäischen Ratspräsidentschaft auf den Weg bringen, die Einfluss sowohl auf den Prozess der Definition eines Europäischen Qualifikationsrahmens als auch auf einen Nationalen Qualifikationsrahmens haben?

Antwort:

Die Bundesregierung wird die Arbeiten an der Einführung eines Europäischen Qualifikationsrahmens sowie eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung während der deutschen Ratspräsidentschaft weiter vorantreiben. Beide Instrumente schaffen die Grundlage für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit und letztlich für mehr Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Auszubildenden und der Studierenden in Europa. Die Europäische Kommission hat einen europaweiten Konsultationsprozess zur Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der Beruflichen Bildung (ECVET) gestartet, an dem sich Deutschland aktiv beteiligt. Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses werden noch unter deutscher Ratspräsidentschaft im Rahmen der europäischen Fachkonferenz für Berufsbildung „Lernraum Europa verwirklichen“ im Juni 2007 präsentiert und diskutiert werden.

Frage 16:

Wie soll sich nach Einschätzung der Bundesregierung ein NQR im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten gestalten?

Antwort:

Wie bereits in der Antwort zu Frage 2 ausgeführt, werden Bund und Länder in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe einen Deutschen Qualifikationsrahmen erörtern.

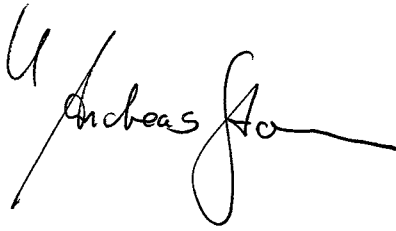
Frage 17:

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, damit sich auf europäischer Ebene kein weiterer Bildungsbürokratismus entwickelt?

Antwort:

Die Bundesregierung tritt durchgehend auch im Bildungsbereich für die Vermeidung von Bürokratie ein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andreas Storm'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Andreas Storm